

Abschrift

Die staatsbürgerliche Verpflichtung der Frau

Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Nachlass Nora Platiel

Box 14, Mappe 20

Vorlage maschinenschriftlich

Die staatsbürgerliche Verpflichtung der Frau

Zum Thema: Begegnet es Interesse?

Skepsis?

Ablehnung?

Denken vielleicht, dass wir Frauen ohnehin schon mit "Pflichten" reich gesegnet u. nicht noch "staatsbgl. Verpflichtungen" aufgebürdet erhalten sollten.

Hand auf's Herz: Wenn vom "Staat", von "Politik" die Rede: erinnern uns dass angeblich "Politik den Charakter verdirbt", um vor uns selber Entschuldigung zu haben, dass wir uns um Dinge des öffentl. Lebens, - eben um den Staat, nicht kümmern?

Misstrauen bei uns Frauen ist noch gross, wenn man uns als "Staatsbürgerinnen" anspricht, als "Bürgerin" etwas von uns will.

Ein paar kurze geschichtliche Daten:

1844 Artikel in einer deutschen Zeitung:
"Haben Frauen ein Recht zur Teilnahme an den Interessen des Staates?"

Luise OTTO -Vorkämpferin f. Frauenrechte- antwortete temperamentvoll:
"Die Frauen haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, an den Aufgaben des Staates mitzuwirken."

Dies geschah im "vormärzlichen" Deutschland, als "bürgerl. Freiheiten": Pressefreiheit- Vereins- und Versammlg.-freiheit, ja, die Forderung nach einem "Parlament" als revolut. Forderungen galten, als die Ford-erg. nach Schwurgerichten ein neues Rechtsbewusstsein d. Bürgers ankündigten, - die Träger dieser Forderg. aber oft genug in Gefängnisse und Zuchthäuser wanderten.

Mehr als 50 Jahre vergingen nach d. mutigen Antwort Luise OTTO's, ehe durch Aenderg. des Vereins- und Versammlg.Rechts

1908 den Frauen in Deutschld. die Möglichkeit gegeben wurde, polit.Ver-slg. zu besuchen, sich polit. zu organisieren und - zunächst nur mittelbar - Einfluss auf Gesetzgebung zu nehmen.

Erst allmählich wurde traditionelle Rechtlosigkeit d.Frau abgebaut. Entwicklung der wirtschaftl. Verhältnisse, Entwicklung der Frauenarbeit machte Aenderungen auch im polit. Sektor nötig.

1919 Bedeutsamer Fortschritt in Weimarer Verfassung: Sprach zum 1.Mal Gleichberechtigung der Frau als Mensch und Staatsbürgerin aus, brachte ihr "aktives" und "passives" Wahlrecht. Blieb allerdings nur "Grundsatz" -Proklamation- die noch lange in Widerspruch zu den Tatsachen stand.

Aber seit 1919 Bemühungen - vor allem auch der Frauen selber - mit Gleichberechtigung ernstzumachen.

Das 3.Reich brachte Frauen zwar viele neue Pflichten, vor allem durften sie im 2. Weltkrieg als Ersatz für die Männer im Felde nicht nur die Arbeit des Bauern verrichten, auch in Munitionsfabriken, in Handel und Gewerbe erfolgte ihr "totaler" Einsatz. Aber keine echte Anerkennung i. d. Gleichberechtigung.

1949 schuf die "Bundesverfassg.", das GG in Art.3 echte Grundlage für staatsbürgerl. Gleichstellung der Frau.Art.17 GG erklärte

gleichzeitig ab 31.3.1953 alle Gesetze ausser Kraft, die gegen GG und Gleichheitsgrundsatz verstiesen.

Die Frauen verstanden "Gleichberechtigt." um die sie jahrzehntelang gekämpft, nicht als "Geschenk", sondern von Anfang an als "Verpflichtg." zur Teilnahme an Aufgaben d. öffentl. Lebens.

Erkannten, dass ihr Leben, auch ihr Leben als Hausfrau, unlöslich verbunden ist mit "Politik",
mit Gemeindepolitik
" Landespolitik
" Staatspolitik: nämlich mit Wirtschafts- und Finanzpolitik, wenn es sich um Löhne und Preise, Zölle und Steuern, Wohnungsbau und Mieten handelt;
mit Kulturpolitik, wenn Schul- und Erziehungsfragen, Probleme von Kirche, Lehrerbildung oder Hochschule zur Diskussion stehen;
mit Sozialpolitik, wenn Fragen der Alters- und Invalidenfürsorge, Kinder- und Jugendschutz, gewerblicher Schutz für werdende Mütter oder sonstige Fragen des Schutzes der Familie handelt.

Und nicht zuletzt hängt unser Leben als Frauen ab von d. grossen Politik, der sog. "Aussenpolitik", die über Krieg und Frieden in unserm Land entscheidet.

Sind wir also immer und in jedem Fall "Objekt" der Politik, so sind wir in demokrat. Staatswesen nicht nur berechtigt, sondern auch "verpflichtet", für das, was im Staate geschieht, für die Art, wie es geschieht, Mitverantwortung zu übernehmen.

Seit 1919 Frauen in Parlamenten, aktiv in Ausschüssen, Nach Urteil von Männern: vorbildlich in Eifer und Verantwortungsbewusstsein.

Fast 50 Frauen aller polit. Parteien (die SPD stellte grösste Anzahl) haben im 2.BT daran mitgewirkt, dass Anpassung des Ehe- und Familienrechts an Gleichheitsgrundsatz in Angriff genommen -nachdem 1. BT nichts getan-

haben an Aenderg. des § 26 EKSTG von 1951 mitgearbeitet, zwecks Aufhebung verfassungswidriger gemeinsamen Besteuerg. d. Eheleute in Rentenreform um Heraufsetzg. der Unfallrenten und in Novelle zum Bundesversorg. Gesetz um Besserstellung der Witwen, Waisen und Eltern von Kriegsopfern gekämpft;

sie haben bei Gesetzen zum sozialen Wohnungsbau, um erweiterten Jugendschutz, um Verbesserungen des Ladenschlussgesetzes, um ein neues Lebensmittelgesetz gerungen, sie haben als Frauen, soweit sie im Rechtsausschuss des BT mitarbeiteten, verhindert, dass die Frauen in das Wehrpflichtgesetz einbezogen wurden und sie haben im Plenum erfolgreich dafür gekämpft, dass letzte Söhne vom Wehrdienst befreit sind.

Die Frauen im BT und in den Länderparlamenten, auch die zahlreichen Frauen in den Gemeindeparlamenten oder in den vielen ehrenamtlichen Stellen als Schöffinnen und Geschworene, als Beisitzerinnen in den

Wohnungskommissionen, den Lastenausgleich- und Beschwerdeämtern, in allen kommunalen Aufgabenkreisen, ob es sich um Mitarbeit im Elternbeirat oder der Krankenhaus- oder Jugendkommission handelt, beweisen immer wieder, dass sie ihre staatsbürgerliche Verpflichtung ernstnehmen.

Aber wie steht es um die grosse Masse, die Millionen Hausfrauen, Arbeiterinnen, Angestellte, die Angehörigen der freien Berufe?

Nicht jeder von ihnen kann Abgeordnete, kann aktiv in dem beschriebenen Sinn sein. Aber eine staatsbürgerliche Verpflichtung für die Frauen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, besteht für eine jede und sollte von uns Frauen nicht leichtfertig abgetan werden mit Hinweis etwa:

"auf mich kommt es doch nicht an"
"mit uns macht man doch, was man will"
"ich will eine Wohnung, sonst nichts".

Sehen Sie, kein Zufall, dass ich gerade heute über diese vornehmste staatsbürgerl. Verpflichtung der Frau spreche.

In 4 Tagen Wahl zu neuem BT und nur, wer sich und die Parteien, die um Einfluss in Parlament ringen, um Wähler werben, ernsthaft prüft, kann richtig wählen, tut seine staatsbürgerliche Pflicht.

Wer nur auf die Plakate sieht, nur die Annoncen liest, schlecht dran. Die CDU -mit Millionen Unterstützung aus Industrie, auch aus Schwerindustrie (Rüstungen etc.)- hat es leichter als SPD, die Wahlkampf ohne erhebliche Subsidien, dafür mit Hilfe ihrer Mitglieder führt, die überwiegend den sozial schwächeren Schichten angehören und die in SPD die Partei für soziale Gerechtigkeit und kulturellen Fortschritt sehen.

Auch in diesem Wahlkampf hat Adenauer, der in SPD grössten politischen Gegner sieht, mit fragwürdigen Kampfmethoden nicht gespart, obgleich SPD von Anfang an sich verpflichtete, den Kampf sachlich und fair zu führen. Wenn Adenauer bei seinen Wahlreden in Nürnberg ausrief,

"Wenn die SPD an die Regierung kommt, so ist das mit dem Untergang Deutschlands verknüpft",

so ist das eine so unerhörte Irreführung, eine so sinnlose Behauptung, aus dem Wunsch geboren, die Wähler in Angst vor der SPD zu versetzen, dass man sich fragt, ob ein Mann, der nur noch mit solchen Verleumdungen arbeitet, noch Anspruch darauf erheben kann, als Staatsmann - vor allem aber als Christ ernst genommen zu werden, worauf er und seine Partei sich doch immer berufen.

Die SPD lehnt es ab, mit solchen Mitteln der Verleumdung politischer Gegner zu kämpfen. Wir haben nämlich genug sachliche Argumente, die sich unsere Wähler nicht erst in diesen Tagen vor der Wahl, haben überlegen können.

Lassen Sie mich - der Einfachheit und der Klarheit halber - Ihnen sagen, welche Linie die SPD während der beiden Bundestags-Perioden, in denen die CDU mit ihren Koalitionsparteien in der Regierung war, verfolgte.

Diese politische Linie erkennen Sie auch in unserem Wahlprogramm, das wir nicht im Hinblick auf Wahlagitation aufgeputzt oder zurechtgestutzt haben.

Unser Leitbild ist:

Sicherheit für alle,

ein Ziel, das sowohl über die Wirtschafts- und Finanzpolitik, als über die Sozialpolitik, - vor allem aber über eine vernünftige Aussenpolitik erreicht werden kann.

Was meinen wir nun im Einzelnen, wenn wir "Sicherheit für alle" herbeizuführen versprechen - und über welche Wege glauben wir zum Ziele zu kommen?

4 Stationen kennzeichnen den Weg:

1. Die friedliche Wiedervereinigung unseres gespaltenen Deutschland, ohne die Europa einen schwelenden Unruheherd darstellen wird;
1^a. Eine Politik, die beide Teile Dtds aus Atomwetterrüsten heraushält;
Verbot d. Atom- + Wasserstoff-Bomben
Verbot d. Lagerung von " " in Dtd.
nur friedliche Verwendung d. Atomkraft.
2. Soziale Gerechtigkeit
3. Geistige Freiheit.

In Frage der "Wiedervereinigung" hat die Adenauer'sche "Politik der Stärke" zu einer solchen Versteifung der Fronten geführt, dass schon vorhanden gewesene Ansatzpunkte wieder verschwanden: es geht im Grunde um die Frage: soll die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege versucht werden?

Das ist der Ausgangspunkt für die SPD, die jeden Gedanken an eine kriegerische Lösung der Wiedervereinigungsfrage mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Was hat die CDU-Regierung getan, um diese friedlichen Absichten deutlich zu machen? Am 30. August 1950 hat Adenauer den USA das Angebot gemacht, westdeutsche Truppen aufzustellen und sie hat seitdem nicht aufgehört unter Beweis zu stellen, dass sie mehr Vertrauen in Rüstungen setzt als in Verhandlungen und internationale Sicherheitsabkommen.

Nachdem die Bundesregierung durch, den Kanzler sich der NATO, dem Militärpakt des Westens, angeschlossen hat, wurde erst das Warschauer Pakt-System geschaffen, das auf der Seite des Ostens das Gegenstück zur NATO darstellt.

Der Vorschlag der SPD geht dahin, anstelle der beiden Militärblöcke des Westens und des Ostens - unter Einbeziehung Amerikas und Russlands - ein Sicherheitssystem zu schaffen, das sowohl den berechtigten Sicherheitswünschen der westlichen Welt, aber auch dem Sicherheitsbedürfnis Russlands entspricht. Dazu sind Verhandlungen nötig und zwar mit allen 4 Besatzungsmächten. Da diese Verhandlungen nicht leicht sein werden - und dass für dieses Ziel auch Opfer gebracht werden müssen, ist sicher. Aber wer überhaupt an dem Gedanken der Wiedervereinigung auf friedl. Wege festhält und keinen neuen Krieg will, dem bleibt keine andere Wahl.

Wir wollen soziale Gerechtigkeit für die, denen sie bisher vorenthalten blieb - und es gibt noch viele, die auch heute noch auf der Schattenseite des Lebens stehen, die nicht am sogen. "Wirtschaftswunder" teilnehmen.

Schon 1952 legte die SPD ein Werk vor, das die
"Grundlagen eines Sozialen-Gesamtplanes"
enthält, an dem hervorragende Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus

der Praxis als Sachverständige mitgewirkt haben. Hier werden grundsätzliche Untersuchungen und die praktischen Möglichkeiten für

die Sicherung der Volksgesundheit
" " von Alter und Erwerbsunfähigkeit
" Alterssicherung der selbständig Erwerbstätigen
" soziale Sicherung der Familie
" Sozialhilfe sowie
das grosse Gebiet der Jugendwohlfahrt

aufgezeigt.- Hervorragende Männer und Frauen der SPD, die in vielen Bundesländern z.B.in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Bremen, Berlin, in Bayern in der politischen Verantwortung sind, sind bereit und in der Lage, auch die Geschicke der Bundesrepublik mit der Sachkenntnis und dem Verantwortungsbewusstsein zu leiten, die die Sache erfordert.

Das dritte Hauptanliegen der SPD betrifft die
"Geistesfreiheit",

die Freiheit, die uns zwar im GG zugesichert ist, die aber unter der Regierung Adenauer so oft gefährdet wurde, dass ehemalige Koalitionsparteien, wie die FDP, lieber ihren Austritt aus der Regierung erklärten, als sich länger dem ~~von Adenauer geübten~~ Terror zu beugen. Man kann sagen, dass bei aller Verschiedenheit der an der CDU und Adenauer, geübten Kritik in einem Punkte Einmütigkeit besteht:

der Starrsinn Adenauers, der keinen anderen Willen neben sich duldet, der praktisch unter "Koalition" die Unterwerfung unter seinen Willen versteht, dieser Starrsinn darf die deutsche Politik im neuen BT nicht weiter lenken.

Bis weit in die Kreise der evangelischen Christen, die bisher geschwiegen haben, geht die Besorgnis, wenn Adenauer und seine klerikalen Helfer die deutsche Politik als Kanzler weiter bestimmen würde. In evangelischen Zeitschriften häufen sich die Stimmen, die für ein Zusammengehen mit der SPD aufrufen - im Interesse der "Geistesfreiheit" und der Toleranz.

Bei der BT-Wahl am Sonntag fällt die Entscheidung eigentlich nur zwischen CDU/CSU und SPD. Wenn jemand die CDU wählt, nimmt er in Kauf, "dass die Preise weiter steigen, Deutschland gespalten bleibt, und dass wir auch weiter unter der Bedrohung atomarer Aufrüstung leben, die fast zwangsläufig zum dritten Kriege führen wird", wie Erich Ollenhauer es in einem Brief sagt, der uns allen heute zuing.

Denkt an 1918, denkt an 1933, denkt an 1945 und gebt der
S P D durch ihre Wahl am kommenden Sonntag die Möglichkeit,

Frieden und Sicherheit zu schaffen für Deutschland, für Europa,
für die Welt.